



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 34
21.08.2015

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 43 % und 41,5 %, SPD zwischen 26 % und 23 %
----------------	--

Wirtschaft:	Erwartungen sowohl bei derzeitiger als auch bei langfristiger Wirtschaftsentwicklung verschlechtert
-------------	---

Weltpolitische Lage:	Große Sorge um den Weltfrieden Terrorgruppe IS wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	--

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Anlage:	Grafik "Themen-Monitor"
---------	-------------------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	FG Wahlen³ für ZDF
CDU/CSU	43 (-)	42 (-1)	41,5 (+1,0)	42 (+1)
SPD	23 (-)	24 (-)	26,0 (+0,5)	26 (+1)
FDP	4 (-1)	4 (-)	5,5 (-)	4 (-)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (-)	9,0 (-0,5)	9 (-)
B'90/Grüne	10 (-)	10 (-1)	9,5 (-0,5)	10 (-1)
AfD	3 (-)	4 (+1)	3,5 (-0,5)	3 (-1)
Sonstige	7 (-)	6 (+1)	5,0 (-)	6 (-)
Erhebungszeitraum	10.-14.08.	13.-19.08.	01.-14.08.	18.-20.08.

Die Union liegt bei forsa 20 (-), bei Emnid 18 (-1), bei FG Wahlen 16 (-) und bei IfD Allensbach 15,5 (+0,5) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	55 (-)
Gabriel	12 (-)
Erhebungszeitraum	10.-14.08.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 43 (-) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

92 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-) Gabriel. Von den SPD-Anhängern würden sich 34 % (-3) für Gabriel und 37 % (-2) für Merkel entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (23.08.2015)

² im Vergleich zur KW 29

³ im Vergleich zur KW 30

Problemlösungskompetenz

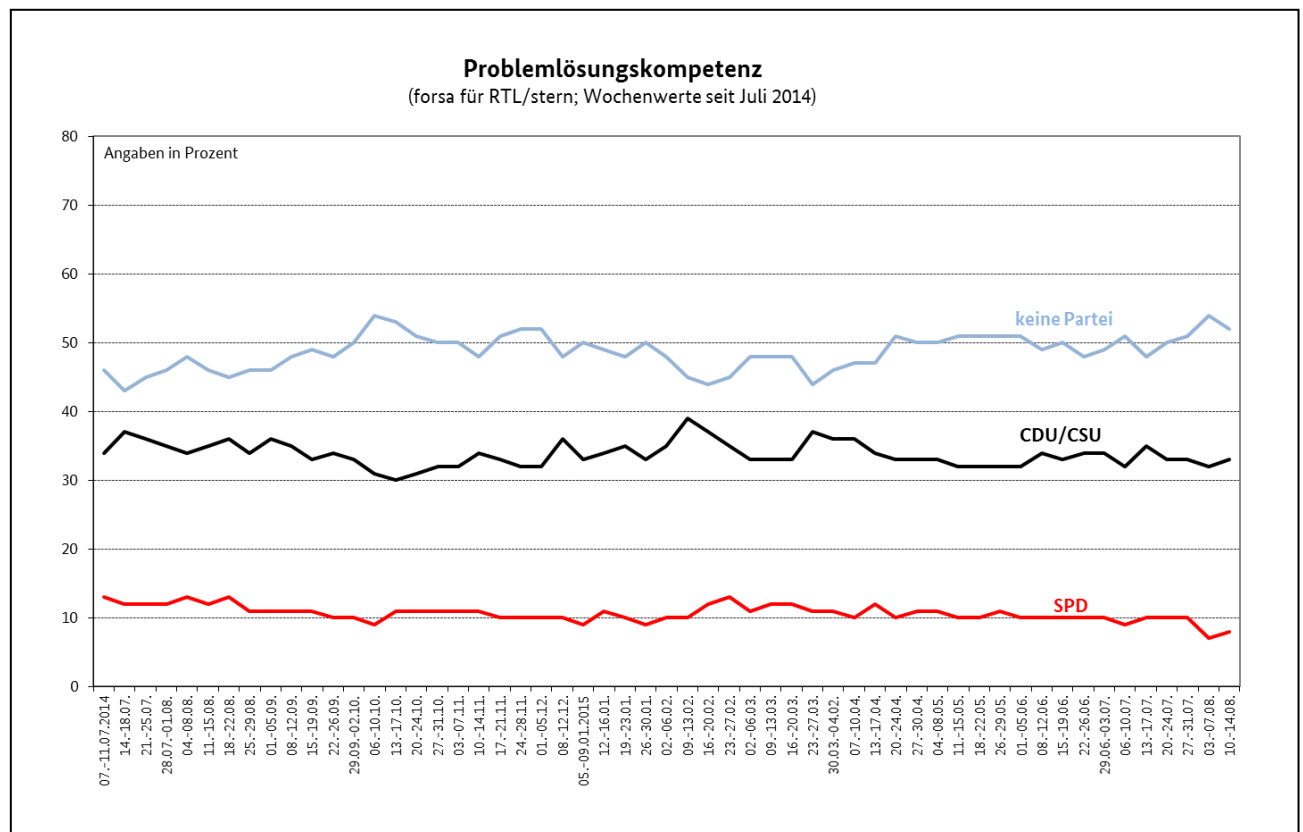
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	33 (+1)	
SPD	8 (+1)	
sonstige Parteien	7 (-)	
keine Partei	52 (-2)	
Erhebungszeitraum	10.-14.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 25 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

52 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

71 % (+3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 30 % (-3) von ihrer Partei.



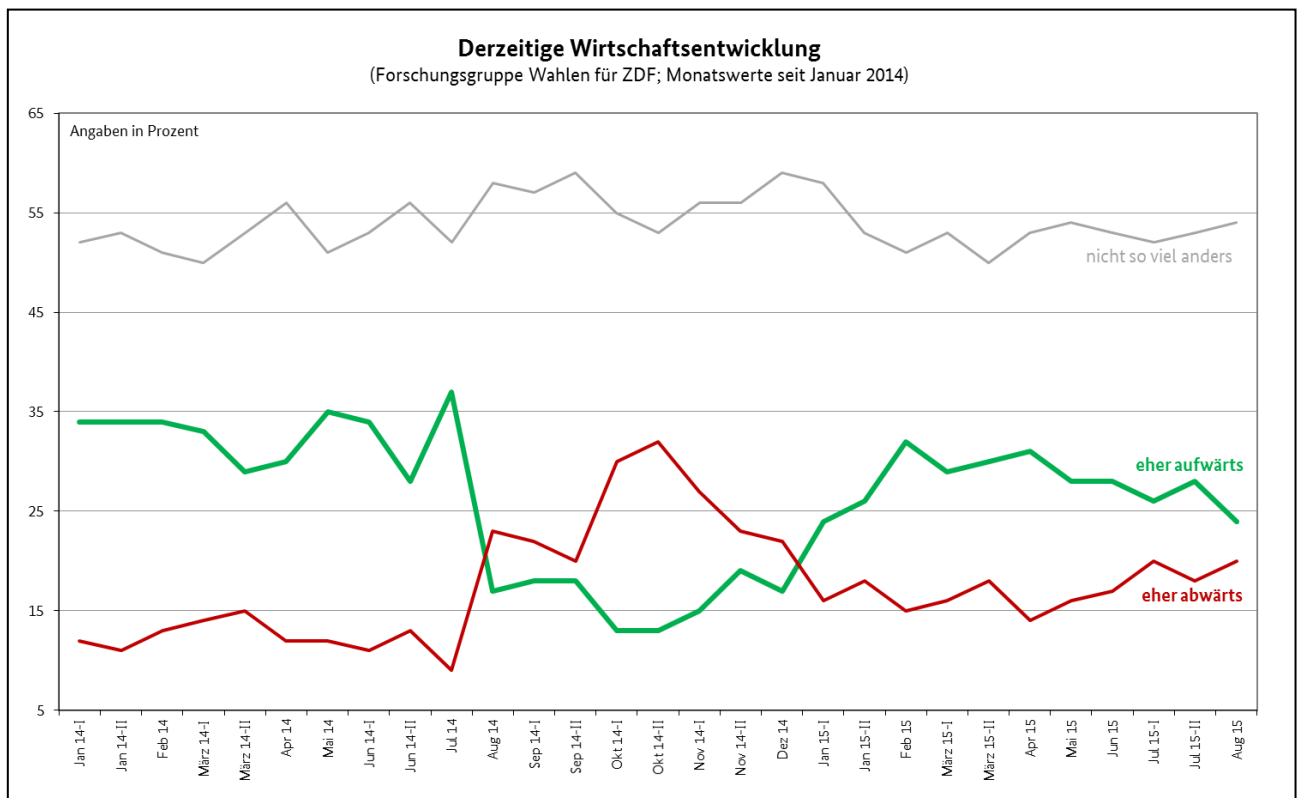
Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	24	(-4)
eher abwärts	20	(+2)
nicht so viel anders	54	(+1)
Erhebungszeitraum	18.-20.08.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 30 verschlechtert.

Anhänger der Grünen (31 %) und der Union (30 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.



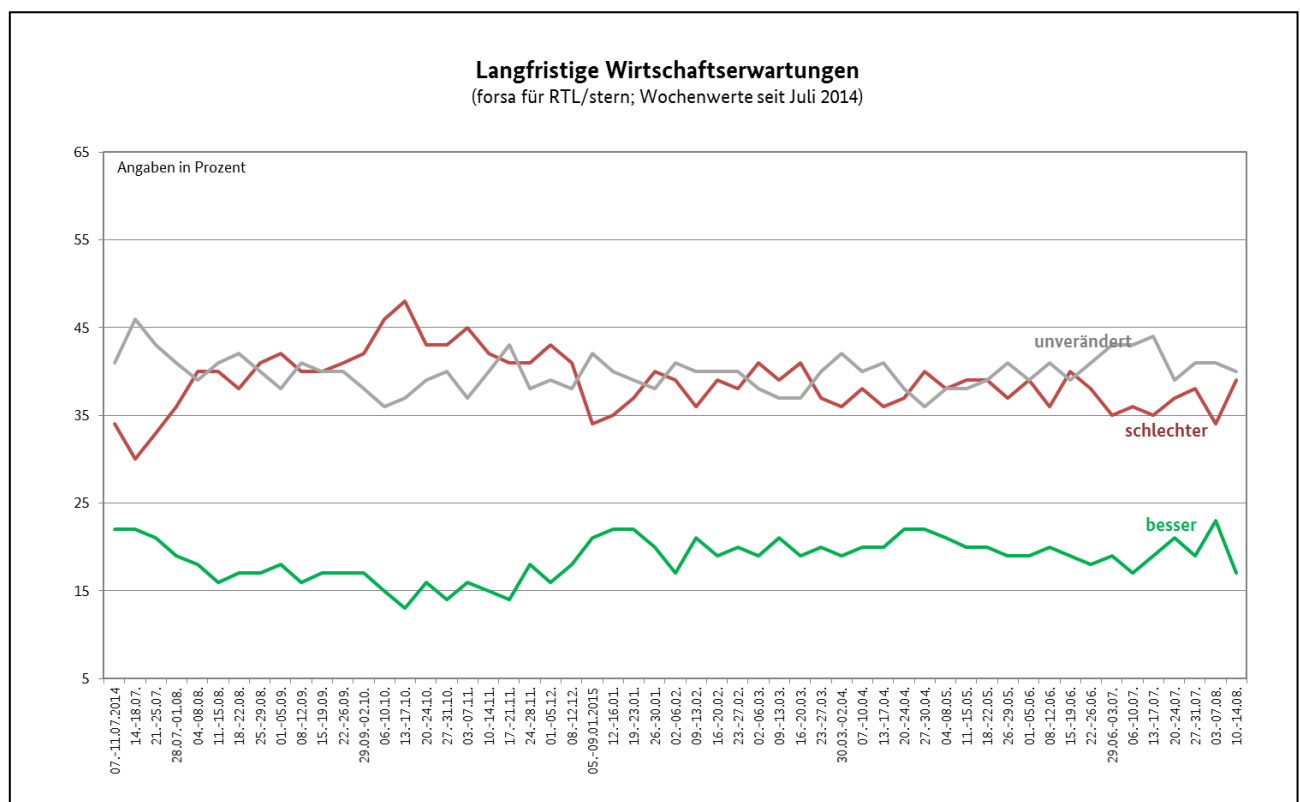
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	17	(-6)
schlechter	39	(+5)
unverändert	40	(-1)
Erhebungszeitraum	10.-14.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche deutlich verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 22 (+11) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA
sehr große	14 (+1)
große	44 (+5)
wenig	32 (-5)
keine	10 (-)
Erhebungszeitraum	10.-14.08.

Geringverdiener (67 %), Ostdeutsche (66 %) und über 60-Jährige (65 %) machen sich zurzeit überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden.

Männer machen sich seltener (sehr) große Sorgen als Frauen (50 % zu 66 %).

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA
Islamischer Staat (IS)	23 (+5)
Ukraine	15 (-1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	11 (+7)
Russland	10 (+2)
Naher Osten, arabische Länder	8 (+3)
Griechenland	7 (-)
Syrien	7 (+2)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	6 (+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	6 (+3)
Erhebungszeitraum	10.-14.08.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der SPD (30 %), der Grünen (28 %) und der CDU/CSU (27 %) sehen in der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) überdurchschnittlich oft die größte Gefahrenquelle für Deutschland. Gutverdiener nennen den IS häufiger als Geringverdiener (28 % zu 18 %); Ostdeutsche und Personen mit einfacher formaler Bildung (jew. 17 %) tun dies unterdurchschnittlich häufig.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	29 (+3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10 (-1)
Deutschland tut bereits genug	58 (-1)
Erhebungszeitraum	10.-14.08.

Personen mit hoher formaler Bildung (35 %), unter 30-Jährige (34 %) sowie Anhänger der Grünen (47 %) und der SPD (37 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (69 %) und Anhänger der Union (70 %) sind besonders häufig der Meinung, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedsstaaten	37 (+2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedsstaaten	16 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	43 (+1)
Erhebungszeitraum	10.-14.08.

Personen mit mittlerer formaler Bildung (45 %) und 45-59-Jährige (43 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (47 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (50 %) und der SPD (49 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	53 (+14)
Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern	35 (+2)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderung, Integration	16 (-3)
Erhebungszeitraum	17.-19.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Union (60 %) und der Grünen (59 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (60 % zu 46 %). Ostdeutsche (45 %), Geringverdiener (46 %) und unter 30-Jährige (47 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Die Krise in Griechenland bzw. die Staatsverschuldung in den Euro-Ländern wird überdurchschnittlich häufig von Personen mit mittlerem Einkommen (40 %) und Anhängern der CDU (45 %) genannt. Über 60-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 45-Jährige (42 % zu 29 %). Ostdeutsche und Geringverdiener (jew. 29 %) sowie Anhänger der Linkspartei (26 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Ostdeutsche (23 %), 45-59-Jährige (21 %) sowie Anhänger der Grünen (23 %) thematisieren die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland überdurchschnittlich häufig.

